

Präambel

„**Power für Darmstadt-Dieburg**“, bleibt unser Ansatz für eine zukunftsorientierte liberale, kraftvoll-dynamische Kommunalpolitik in unserem Landkreis Darmstadt-Dieburg. Ein Bekenntnis zu Fortschritt und Neuaufbruch statt Lethargie und Stillstand.

Darmstadt-Dieburg ist ein Landkreis mit großen Möglichkeiten und besonderen Entwicklungschancen. Inmitten der großen Ballungsräume Rhein-Main und Rhein-Neckar umschließt der viertgrößte hessische Landkreis die Wissenschaftsstadt Darmstadt als Oberzentrum des Wirtschaftsraums Starkenburg und bündelt über 17.000 Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsangebote mit bevorzugten Wohn- Kultur- und Freizeitmöglichkeiten.

Unser Landkreis ist Heimat für bald 300.000 Menschen aller Altersgruppen mit den unterschiedlichsten Lebenskonzepten und -zielen.

Unsere Region zählt auch nach der neuesten Prognos-Studie „Zukunftsatlas 2006“, vor allem wegen ihrer technologischen Leistungsfähigkeit, zu den aussichtsreichsten deutschen Wirtschaftsregionen.

Darmstadt-Dieburg muss diese Chancen als Ausgangsposition für eine zukunftsorientierte Entwicklung weiter zielstrebig nutzen.

Dieser Herausforderung haben sich die **Liberalen als Motor der Reformen** in Darmstadt-Dieburg gestellt. Die Zusammenarbeit mit SPD und FWG hat unseren Kreis in den vergangenen fünf Jahren vorangebracht. **Was wir** in unserem Wahlprogramm und in unserer Koalitionsvereinbarung **versprochen haben, wurde** in allen wichtigen Punkten **gehalten**. Die Ergebnisse spiegeln die liberale Handschrift. Im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger werden wir unsere **erfolgreiche liberale Arbeit** im Kreistag und im Kreisausschuss kraftvoll **fortsetzen und das Erreichte sichern**. Dabei treten wir an **gegen Ansprüche jeder Partei, über Macht allein** und nach Belieben zu **verfügen**, aber auch gegen alle, die Ideologien über die Maßstäbe der Vernunft setzen.

Kommunalwahlen sind keine Wahlen 2. Klasse. Die Kommunalpolitik ist das Fundament unserer Demokratie. Sie ist zu wichtig, um sie irgendjemandem, Zufällen oder Beliebigkeit zu überlassen.

Es geht am 26.März nicht nur um die Zukunftsfähigkeit der 23 Kommunen mit ihren 91 Ortsteilen in unserem Landkreis. Es geht **auch um eine Richtungsentscheidung**. Wird sich der liberale Reformkurs von mehr Freiheit durch mehr Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger durchsetzen, oder gewinnen Parteien, die alles durch den längst überforderten Staat regeln wollen? Lohnen sich eigene Anstrengungen oder wird Bequemlichkeit belohnt?

Liberale sehen in der **Kommunalpolitik das entscheidende Element der politischen** Ordnung. Hier trifft man auf das Ganze der Bürgerinteressen und nur hier vor Ort entsteht Heimat. Nur hier kann neues Engagement entstehen für den Staat und eine Gesellschaft, in der es sich lohnt zu leben, zu arbeiten und sich einzusetzen – nicht nur für sich, sondern auch für andere. Daran wollen wir arbeiten, mit Ideen und Fleiß mit Pflichterfüllung und qualifizierten, selbstbewussten Persönlichkeiten. Hierfür bitten wir um Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen.

Die FDP hat im Hessischen Landtag dafür gekämpft, dass Sie durch Kumulieren und Panaschieren selbst die Kandidaten auswählen können und nicht mehr nur die von den Parteien aufgestellten Listen. Panaschieren (Mischen) bedeutet, dass Sie Ihre Stimme nicht mehr nur einer Partei, sondern Kandidaten auf verschiedenen Listen zukommen lassen können. Kumulieren (Häufeln) bedeutet, dass Sie einem Kandidaten bis zu drei Stimmen geben können. Achten Sie aber darauf, dass Sie insgesamt nicht mehr Stimmen abgeben, als das Parlament Sitze hat. Sonst ist Ihre Stimmabgabe ungültig. Sie haben bei der Kreiswahl 71 Stimmen.

Wenn Sie mit unserer Listenaufstellung einverstanden sind, reicht ein Kreuz bei der FDP, um sicher zu gehen, dass keine Stimme verloren geht

mehr Power für Darmstadt–Dieburg, mehr FDP!

Gehen Sie zur Wahl – Nutzen Sie Ihren Einfluss!

Bitte beachten Sie auch die Muster-Stimmzettel für die Kommunalwahl mit den entsprechenden Erläuterungen.

Versprochen – gehalten

Eine Bilanz: 5 Jahre erfolgreiche liberale Politik

Neue politische Dynamik, Grundsatzentscheidungen und Reformen

Unser Wahlprogramm ist nicht nur in die fast 40 Punkte umfassende Koalitionsvereinbarung eingeflossen, sondern auch durch Grundsatzentscheidungen und in Reformen umgesetzt worden.

Das Wichtigste in der Übersicht:

Schulpolitische Offensive: Bildungswesen in Darmstadt-Dieburg reformiert

Mit der Verabschiedung von zwei Schulentwicklungsplänen haben wir das Bildungswesen in unserem Landkreis - erstmals seit Einführung der Förderstufen - grundlegend reformiert. Wir stärken die Wahl der Schulform und den Elternwillen. Die gegen starke Widerstände in der SPD durchgesetzte Einführung 5.gymnasialer Eingangsklassen ist ein Markenzeichen unserer Schulpolitik.

Der ehemalige Hessische Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr, Klaus-Jürgen Hoffie, der Fraktionsvorsitzende der Liberalen im Kreistag, hat die Internationale Schule und die Preschool initiiert und beharrlich durchgesetzt. Damit hat die FDP für Südhessen nicht nur einen wichtigen Standortfaktor im Wettbewerb der Regionen Europas geschaffen, sondern bildungspolitisch auch die Antwort auf Pisa. Klaus Jürgen Hoffie ist dafür erst kürzlich mit dem 1. Preis für die beste kommunalpolitische Initiative in Deutschland ausgezeichnet worden.

Durch unsere schulpolitische Offensive haben wir 2001 bis 2006 mit einem Investitionsvolumen von fast 14,7 Mio. Euro nicht nur den **Ausbau** und die **Modernisierung der Schulen vorgebracht**, sondern gleichzeitig rund 11,8 Mio. für eine verbesserte Ausstattung (einschließlich 5 Mio. Euro für die Modernisierung der Sporthallen) aufwenden und weitere **Ganztagsangebote mit dem Zertifikat familienfreundliche Schule** schaffen können.

Neue Verantwortung: Wirtschaftsförderung etabliert

Mit der Verankerung der von der FDP durchgesetzten Wirtschaftsförderung und -entwicklung in einem neu geschaffenen **Wirtschaftsdezernat** unter ehrenamtlicher Leitung des ehemaligen REFA-Hauptgeschäftsführers und FDP-Kreisbeigeordneten, Rolf Meyer, stellen wir uns der Verantwortung **für die**

Entwicklung der Wirtschaft und neuer Arbeitsplätze. In der Mitwirkung bei der Frankfurt Rhein Main GmbH und der Wirtschaftsförderung Starkenburg ist der Kreis um ein internationales Standortmarketing mit einheitlicher Vermarktungsstrategie und um die Entwicklung eines vernetzten Wirtschaftsraums als Marke bemüht.

Das Technologie- und Innovations-Zentrum (TIZ) in Dieburg bietet Existenzgründern Erleichterung beim Einstieg in die Selbständigkeit.

Mit der Unterstützung der Direktvermarktung stärkt der Kreis die Landwirtschaft. Aufträge des Kreises fördern den regionalen Einzelhandel, das Handwerk und die Industrie.

Auf dem Weg zur Metropolregion: Zukunftsfähigkeit forciert

Die Starkenburg Regionale verabschiedete mit den Stimmen aller Fraktionen das vom FDP-Fraktionsvorsitzenden erarbeitete **Grundsatzpapier zur Reform der Regionalpolitik**, wonach sich Starkenburg künftig als wichtiger Teil einer Metropolregion Rhein-Main-Neckar orientiert und von der Stadt sowie den südhessischen Landkreisen entschieden wird, welche Aufgaben auf die Regionale übertragen werden, um in interkommunaler Zusammenarbeit Synergieeffekte zu nutzen und Bürokratie abzubauen.

Unter einem Dach: Verwaltung konzentriert

Die von der FDP in der Koalitionsvereinbarung geforderte Grundsatzentscheidung der **Zusammenlegung aller Dienststellen der Kreisverwaltung** unter einem Dach in Darmstadt-Kranichstein hat endlich zum Erfolg geführt. Die Verwaltung erweist sich inzwischen als moderner, rationeller und überschaubarer Dienstleister. Die Liberalen hatten bereits bei Neugründung des Kreises Darmstadt Dieburg gefordert, im schon einmal zum Verkauf stehenden damaligen DATEL-Hochhaus, der späteren HEAG-Zentrale die Kreisverwaltung kostengünstig zusammenzuführen. Seinerzeit scheiterte die Initiative an der Uneinigkeit innerhalb der SPD und der CDU. Jetzt gibt es eine Servicestelle als erste Anlaufstation, Telefonauskünfte rund um die Uhr, einen Bürgerbeauftragten und einen ausgezeichneten Internetauftritt. Am Standort Dieburg wurden wichtige staatl. Aufgaben konzentriert und das TIZ eingerichtet.

Kreisagentur für Beschäftigung (KfB): Vermittlung optimiert

Unser Landkreis hat sofort das im Bundestag alleine von der FDP für alle Landkreise geforderte Modell aufgegriffen, Arbeitslosen- und Sozialhilfe in der Hand einer kreiseigenen Agentur zusammenzuführen. Schon jetzt zeigt sich, dass die Nähe zu den Betroffenen und die Bemühungen direkt vor Ort zu besseren Vermittlungschancen führt.

Neues Rechnungs- und Steuerungssystem:

Wirtschaftsplan perfektioniert

Mit der Erstellung einer Eröffnungsbilanz und der Umstellung von der kameralistischen auf die **wirtschaftsübliche kaufmännische Buchführung** ist Darmstadt-Dieburg Pilotkreis und Vorreiter bei der Reform des öffentlichen Haushaltswesens. Bei der Umstellung auf das neue Rechnungs- und Steuerungssystem sind wir deutschlandweit die erste Gebietskörperschaft, die eine Konzernbilanz mit Beteiligungsberichten vorgelegt hat. Damit werden mehr Transparenz und Vergleichbarkeit geschaffen und die Kosten jeder einzelnen Leistung ermittelbar. Bei der von Kreiskoalition durchgesetzten Verkleinerung des Kreistags auf die gesetzlich kleinstmögliche Zahl von 71 statt bisher 81 Abgeordneten hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass die Köpfe zählen und nicht die Kopfzahl.

Infrastruktur ausgebaut: besser mobilisiert

Verbesserte Infrastruktur schafft Voraussetzungen für wirtschaftlichen Fortschritt und eine mobile Gesellschaft. Mit der Modernisierung und dem **Ausbau der Odenwaldbahn** werden mehr und schnellere Verbindungen aus den Landkreisgemeinden nach Darmstadt und umsteigefrei nach Frankfurt realisiert, Bahnhöfe modernisiert, P & R - Plätze sowie neue Haltestellen an der Strecke geschaffen.

Mehr Mobilität für Alle wird auch erreicht mit der **Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke Pfungstadt-Darmstadt Hbf**, der **Verlängerung der Straßenbahn in Alsbach** bis zur Melibokusschule, einem verbesserten Busangebot und dem Bau der **Umgehungsstraßen Bickenbach u. Pfungstadt**, dem **Ausbau der B 426** mit Lohbergtunnel in Nieder-Ramstadt zur Ortsumgehung Ober-Ramstadt, dem **Ausbau der B 26** zwischen Dieburg und Babenhausen, dem **Antrag zum Bau der Ostumgehung Ober-Ramstadt** und dem auf über **500 km erweiterten Radwegenetz**.

Bildung

Mehr Vielfalt - mehr Qualität - mehr Eigenverantwortung Schule

Das wertvollste Startkapital ist für junge Menschen eine gute, umfassende Bildung. Damit ist nicht nur Fachwissen gemeint, sondern auch Werteorientierung, Sozialverhalten und die Befähigung zu selbständigem, lebenslangem Lernen.

Die FDP will die, vielfältige Bildungslandschaft im Landkreis erhalten und weiter ausbauen. Für die Liberalen ist klar, dass nicht die Einheitsschule der Weg zu einem besseren Schulsystem ist. Vielfalt der Angebote, finanzielle, organisatorische und personelle Selbständigkeit der Schulen und Wettbewerb sind die intelligente Lösung für die Zukunft.

Mit den

- vor fünf Jahren allein von der FDP geforderten **5. gymnasialen Eingangsklassen** an den weiterführenden Schulen des Kreises
- den breit gefächerten Ganztagsangeboten an fast allen weiterführenden Schulen
- der von der FDP initiierten **Preschool** und Internationalen Schule im Schuldorf Bergstraße
- der Versorgung der Schulen mit **modernen Kommunikationsmedien**
- dem **Ausbau der Nachmittagsbetreuung** an 17 Kreisschulen
- der **Modernisierung, Sanierung und Erweiterung** der Schulen mit Kosten von 65 Millionen Euro und
- der 6 Millionen teuren **Verbesserung der Ausstattung**

sind bereits wichtige Ziele erreicht.

Jetzt geht es um die Fortentwicklung eines qualifizierten, wettbewerbsfähigen Schulangebots. Deshalb fordert die FDP ein **Gesamtkonzept für mehr Selbstverantwortung und Selbständigkeit** unserer Schulen. Vertretungs- und Fortbildungsbudgets oder Schul-TÜV allein reichen nicht aus. Die FDP will, dass **Schulen einen eigenen Haushalt verwalten**, in den sämtliche staatlichen, kommunalen Haushaltsmittel und privaten Zuschüsse fließen und aus dem alle Ausgaben eigenständig getätigt werden. Das führt zu einem flexiblen, bedarfsgerechten Einsatz der Mittel. Voraussetzung ist, dass die Landesregierung den Schulen eine Teilrechtsfähigkeit zugesteht.

Diese Selbstverantwortung und Selbständigkeit sind die Voraussetzungen für das wichtigste Ziel erfolgreicher Schulen: ein Lebens- und Lernort, der die Lust am eigenständigen lebenslangen Lernen weckt und alle Schüler an einen begabungsangepassten Abschluss führt. Der staatliche Bildungsauftrag lässt sich am besten in weitestgehend unabhängigen, selbst organisierten Einrichtungen verwirklichen.

Unsere Kinder sind einzigartig und brauchen **individuell abgestimmte Bildungsangebote**. Schulen und Kindergärten sollen über den Weg, wie sie unseren Kindern eine bessere Bildung vermitteln, künftig stärker selbst entscheiden. Der Staat soll die Bildungsziele und die Bildungsstandards festlegen und für deren Überprüfung mit Hilfe von Vergleichsarbeiten und zentralen Prüfungen zuständig sein. Die Schule der Zukunft braucht Gestaltungsspielraum, um **eigene moderne Unterrichtskonzepte** und vielfältige, differenzierte Unterrichtsangebote **entwickeln** zu können. Schule muss sich an ihrem sozialen Umfeld orientieren, die Fähigkeiten, unterschiedlichen Begabungen und mannigfachen Fähigkeiten fördern.

Hochbegabte Schülerinnen und Schüler **müssen** besser erkannt, unterstützt und **gezielt gefördert werden**. Sie sollen zusätzlichen Unterricht in kleinen Gruppen erhalten, z.B. eine zusätzliche Fremdsprache erlernen, an Vorlesungen teilnehmen und die Schule schneller absolvieren können. Ebenso wichtig ist den Liberalen, dass auch **lernschwachen Kindern** gezielte, **individuelle Förderung** zuteil wird. Denn ohne besondere Förderung geraten sowohl Hochbegabte als auch Kinder mit Lernhemmungen schnell ins Abseits.

Die FDP schlägt ein **Angebot Sommerschule** vor, in der kreatives Spiel, Sport, Musik aber auch die Auf- und Nachbereitung des Gelernten auf dem Tagesplan stehen. "Pauken" soll den Tagesrhythmus der Sommerschule nicht dominieren. Vielmehr sollen die Kinder und Jugendlichen **interessante Anregungen** erfahren, **Unterstützung erhalten** und **Wissenslücken schließen** können. Die FDP will die Sommerferien keineswegs abschaffen. Wichtig ist uns jedoch, dass die Schüler nicht unbetreut stundenlang vor dem Fernseher oder Computer sitzen oder auf der Straße herumlungern. Die FDP setzt sich ein für gesicherte Betreuungsangebote in Zusammenarbeit mit Partnern aus Vereinen, Volkshochschulen, Ehrenamt und Wirtschaft

Eine **langfristige Planung der regionalen Schulstruktur ist** angesichts der demographischen Entwicklung und der prekären Haushaltslage **notwendig**. Das bedeutet u.a., dass vor **dem Neubau von Schulgebäuden** und zusätzlicher Klassenräume **kreative Lösungen zur Auslastung der vorhandenen Kapazitäten** gefunden, Schülerströme im Rahmen des Qualitätssicherungsgesetzes gelenkt, Schulbezirksgrenzen verändert und **schulträger-übergreifende Lösungen** mit einbezogen werden müssen, um **Fehlinvestitionen zu vermeiden**.

Eine nachhaltige Schulentwicklungsplanung darf mit Blick auf die Steuerbelastung der Bürger nicht außer acht lassen, dass es auf der einen Seite ein breit gefächertes, möglichst wohnortnahes Bildungsangebot geben sollte, auf der anderen Seite Schulen eine bestimmte Größe haben müssen, um **bildungsökonomisch effektiv arbeiten** zu können.

Eine **regionale Schulentwicklungsplanung** muss in Zukunft von den Schulgemeinden in der Region getragen und darf nicht mehr von der Politik bestimmt werden. Daher fordert die FDP die rasche Einrichtung von **Regionalkonferenzen zur Schulentwicklung**.

Eine selbständige Schule führt zu einem Wandel im Rollenbild der **Schulleiter**, die **künftig als Schulmanager** Verantwortung übernehmen müssen. Der Kreis soll das Schulleitungsteam bei der Übernahme betriebswirtschaftlicher Aufgaben beratend unterstützen und – solange noch Kreisaufgabe - kaufmännisch gut ausgebildetes Verwaltungspersonal in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen.

In Zukunft muss sich der Kreis als Schulträger stärker auf seine originären Aufgaben konzentrieren. d.h. auf die Bau- und Sanierungsmaßnahmen sowie auf eine personelle Grundausstattung (Hausmeister, Sekretärin). Anfallende **Investitionen** müssen sich **verstärkt an den individuellen Schulprogrammen und -planungen orientieren**. Sonderprogramme, wie zum Beispiel „Bücher für Hauptschüler“ u. a. sollten in Zukunft in erster Linie von den Schulen im Rahmen ihrer Budgetierung entschieden und finanziert werden. Dadurch wird eine Ausstattung nach „Rasenmähermethode“ und eine mögliche Doppelfinanzierung (z.B. durch Förder-Vereine) vermieden.

Vandalismus und Graffiti an Schulgebäuden und Schuleinrichtungen verursachen im Landkreis über Jahre einen Schaden in Millionenhöhe.

Die FDP wird darauf hinwirken ein Programm zu entwickeln, das sicherstellt, dass durch gemeinsame Übernahme von Verantwortung durch Schüler, Lehrer und Eltern eine derartige **Verschwendung von Steuergeldern** unterbleibt. Gegebenenfalls ist eine Videoüberwachung von Pausenhöfen und Fahrradständern außerhalb der Schulzeiten unvermeidbar.

Bei Neubauten, Sanierungen und Reparaturen von Schulgebäuden sind energiesparende, klimagerechte Baustoffe zu verwenden.

Die zweite Pisa Studie hat klar gemacht, dass in keinem anderen Land die soziale Herkunft so entscheidend für den Bildungsweg ist wie in Deutschland. Ganztagschulen eröffnen viele Chancen, soziale und ethnische Barrieren abzubauen und die Bildungschancen aller Kinder zu verbessern. Durch die Ganztagsangebote im Rahmen der "Familienfreundlichen Schule" mit freiwilligen, oft kostenpflichtigen Nachmittagsangeboten werden die geforderten bil-

derungspolitischen Ziele bisher nur ungenügend verwirklicht. Eine effektive ganztägige Schulorganisation, bei der sich über den ganzen Tag verteilt Unterricht und nicht-schulische Angebote eng miteinander durchdringen, führt zu einer nachhaltigen Rhythmisierung des Lernens und zu einer damit verbundenen gezielteren Förderung der unterschiedlichen Schülergruppen. **Neben** den offenen **Ganztagsangeboten soll es** daher auch **echte Ganztagschulen** in gebundener Form **geben**. Aufgabe des Kreises muss es sein, die Schulen im Rahmen seiner Möglichkeiten auf dem Weg zur Weiterentwicklung effektiver Ganztagskonzepte zu unterstützen, indem er die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen schafft.

Der Bildungsgang **Hauptschule muss aufgewertet werden** und sich noch stärker als bisher durch ein arbeitswelt- und berufsbezogenes Profil auszeichnen. Durch individuelle Förderpläne, durch ständigen Kontakt mit der Berufswelt und durch Bereitstellung von mehr Schulsozialarbeitern, sollen Probleme und Defizite beseitigt und die Leistungspotentiale der Hauptschüler erkannt und gefördert werden.

Schulsozialarbeit muss auch im Hinblick auf andere Schulformen **weiterentwickelt werden**. Den einzelnen Schulen muss es freigestellt werden, ob sie die vom Kreis angebotene projektorientierte Schulsozialarbeit in Anspruch nehmen oder, bei besonderem Bedarf, einen eigenen Schulsozialarbeiter erhalten.

Berufsschulen müssen sich mit dem schnellen Wandel in unserer Berufswelt auseinandersetzen. Um auf Veränderungen schneller reagieren zu können und um ein qualitativ hochwertiges flexibles Bildungsangebot sichern zu können, sollten Berufsschulen sich zukünftig aus ihrer traditionellen Schulstruktur lösen und sich hin **zu** regionalen, miteinander vernetzten, **Bildungszentren entwickeln**.

Es soll geprüft werden, inwieweit eine **Übertragung der Zuständigkeit und der Aufgaben der Volkshochschule** auf eine gemeinsame Zweckverbands-Verantwortung der Stadt Darmstadt und der Landkreise Südhessens zu sinnvollen Synergien und spürbaren Kosteneinsparungen führt. Dabei sollen wohnortnahe qualifizierte Angebote der Erwachsenenbildung, der berufs-bezogenen Weiterbildungs- und Wiedereinstiegsprogramme sowie der Sprachen, Kultur und Kreativität bewahrt und verbessert werden.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Die FDP befürwortet daher den „Bildungsplan 0 bis 10“, der nach Abschluss der derzeitigen landesweiten Erprobung die verbindliche Grundlage für die kontinuierliche pädagogische Arbeit von Anfang an und die Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschulen bilden wird. Gezielte vorschulische Förderung in Kindertagesstätten baut sprachliche Defizite ab und überbrückt kulturelle Unterschiede. Gezielte Bil-

dungsangebote bedienen den Wissenshunger der Kinder und fördern die kognitiven und sozialen Fähigkeiten. So müssen wir die Startchancen für alle verbessern. Dies sind entscheidende Voraussetzungen, um später das Leben erfolgreich meistern zu können. **Kindertagesstätten** sollen nach Auffassung der FDP nicht länger allein der Betreuung und Versorgung kleiner Kinder während der Erwerbstätigkeit der Eltern sein, sondern **erste Bildungseinrichtungen**. Kinder im Alter von drei Jahren sind besonders aufnahmefähig für das spielerische **Erlernen einer Fremdsprache**. Dieser natürliche Wissendrang soll unterstützt und mit einem genau auf Drei- bis Fünfjährige zugeschnittenen Konzept aus freiem Spiel, Bewegung, Musik, Kreativität und Lernen gefördert werden.

Die FDP setzt sich für die **Einführung einer verpflichtenden, kostenfreien, einjährigen „Kinderschule“** in den Räumen von Kindertagesstätten oder Grundschulen für alle Fünfjährigen ein, die die Leistungsanforderungen für den Beginn in der Grundschule definiert und die Schulfähigkeit der Kinder fördert.

Kulturpolitik

Überregionale und regionale **Kulturschätze und Kulturangebote und ein reges Vereinsleben** zeichnen unseren Landkreis aus. Neben dem Weltnaturerbe „Grube Messel“ und historische Gebäude wie dem Schloss Lichtenberg und die Veste Otzberg, sondern auch zahlreiche Heimatmuseen, mit sehr unterschiedlichen Schwerpunkten und viele Theater- und Musikvereine, die alle mit bewundernswertem ehrenamtlichem Engagement betrieben werden, sind hier beispielhaft zu nennen. Diese fördern und zu erhalten ist ein Ziel liberaler Kulturpolitik. Da ein vielfältiges und hochwertiges Kulturleben einerseits ein Gradmesser für die Lebensqualität in einer Region ist, andererseits auch einen wichtigen Faktor der Wirtschaft- und Standortpolitik darstellt, muss auch Kultur- und Vereinsförderung ein wesentlicher Bestandteil der Kommunalpolitik sein. Basis dafür sind vor allem ehrenamtliches Engagement und Kultursponsoring aber auch freiwillige Leistungen der Gemeinden und des Landkreises für die Kultur- und Vereinsförderung.

Angesichts der schwierigen finanziellen Lage muss auch der Landkreis Darmstadt-Dieburg seine freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand stellen. Das darf aber nicht zu einem Kahlschlag in der Kultur- und Vereinsförderung führen. Entscheidungen sind hier äußerst gewissenhaft und mit Blick auf die Zukunftssicherung des vielfältigen Kulturangebotes in unserem Landkreis zu treffen. Notwendige sind aber auch neue und innovative Wege der Kulturförderung, z. B. durch verstärkte Unterstützung und Anerkennung des Ehrenamtes und durch aktives Werben für Kultursponsoring.

Wirtschaftspolitik

Mehr Arbeitsplätze - mehr Wachstum - mehr Wohlstand

Libérale Wirtschaftspolitik beruht auf den fundamentalen Grundwerten des politischen Liberalismus. Zu ihren Prinzipien zählen Freiheit und Verantwortung, Demokratie und Rechtsstaat, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft, Privateigentum und Gemeinwohl, Beschränkung von Macht und Förderung des Wettbewerbs, offene Märkte nach innen und außen. Liberale Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, die Bedingungen für wirtschaftliche Prosperität zu fördern, um Wohlstand und Beschäftigung für alle zu ermöglichen. Nur wirtschaftliches Wachstum sichert dauerhaft soziale Errungenschaften wie eine ausreichende Kranken- und Altersversorgung, eine leistungsfähige Schul- und Hochschullandschaft, fördert kulturelle Vielfalt, sichert und schafft Arbeitsplätze.

Europäisches Recht sowie Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes begrenzen wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume. Umso wichtiger ist es, für den Landkreis Darmstadt-Dieburg Rahmenbedingungen zu schaffen, zu unterstützen und die finanziell verbleibenden Möglichkeiten zu nutzen, um unseren Wirtschaftsstandort inmitten der Technologieregion Rhein-Main-Neckar zu stärken.

Regionalpolitik

Deshalb hat die FDP eine **Reform der Regionalpolitik** in Südhessen eingeleitet, indem die von ihrem Fraktionsvorsitzenden, Klaus Jürgen Hoffie, konzipierten Leitlinien künftiger Regionalpolitik in die Starkenburg Regionale eingebracht und von den Fraktionen aller Parteien einstimmig beschlossen wurden.

Damit grenzen sich die Stadt Darmstadt sowie die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und Odenwald nicht weiterhin als Region Starkenburg gegenüber den Ballungsräumen Rhein-Main und Rhein-Neckar ab. Sie verstehen sich vielmehr als wichtiger **Teil einer** im künftigen Wettbewerb der Regionen Europas chancenreichen **Metropolregion Rhein-Main-Neckar**.

Mit der in diesem Vernetzungsbereichbereich neu entstehenden „**Technologie-region Darmstadt Rhein-Main-Neckar**“ werden unter Beteiligung der IHK die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung konzentriert. Gleichzeitig wird der Vorschlag der FDP aufgegriffen, der Regionalorganisation Pflichten der Stadt und der Kreise zu übertragen, soweit durch interkommunale Zusammen-

arbeit Einsparpotentiale und Synergieeffekte erzielt werden können (z.B. Veterinärämter, Verbraucherschutz, Volkshochschulen usw.)

Die FDP fordert, Wissenschaft und Wirtschaft auch durch Gremienbeteiligung stärker in die regionale Zusammenarbeit einzubinden. Eine **parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle bleiben unverzichtbar**.

Die Kompetenz der Region liegt in zukunftsweisenden Engineering-Leistungen. Sie reichen vom kompetenten Handwerk bis zur komplexen Steuerung der Mission zum Mars. Praktisches Engineering in enger Verzahnung mit Wissenschaft und Forschung, IT-Technologien mit den Schwerpunkten Software, Simulation und virtuelle Arbeitswelten, Automotive und Mechatronik, sowie Chemie, Pharmatechnologie und Logistik sind wichtige Kompetenzen für unser Standortmarketing.

Unsere **Standortvorteile in Südhessen müssen erhalten und weiter ausgebaut werden**.

Unverzichtbar sind dabei der weitere Ausbau des internationalen **Verkehrsflughafens Frankfurt** sowie die Verbesserung der Straßen- und Schienen-Verkehrsinfrastruktur (s. Aussage Verkehrspolitik) und der **Erhalt des Kraftwerkstandorts Biblis**.

Energieversorgung

Ziel liberaler Energiepolitik ist die langfristige Energieversorgung unter wirtschaftlichen, technisch sicheren und umweltschonenden Bedingungen. Das **KKW Biblis ist zur Sicherung der Grundlastversorgung**, der Netzstabilität, der (energie-)politischen Unabhängigkeit **erforderlich** und begrenzt in verbrauchsnaher Lage kostenrelevante Netzverluste. Es ist als leistungsfähiges Energieunternehmen mit 1000 Arbeitsplätzen regional bedeutsamer Arbeitgeber und Ausbilder. Die **Laufzeiten** von Biblis A und B als wichtige Stromerzeuger im Energiemix sind nicht **politisch-ideologisch** zu **entscheiden**, sondern nach Erfordernissen primär der Sicherheitstechnik, der Reaktorsicherheit, des Klimaschutzes und der Endlagerkonzeption für abgebrannte Kernbrennstoffe. Die Ausnutzung von Energiesparpotentialen sowie die Nutzung erneuerbarer Energien, vor allem die Weiterentwicklung der Speichertechnologie muss weiter vorangetrieben werden. Dagegen ist der **Betrieb** und die **Subvention von Windindustrieanlagen an windschwachen Standorten**, noch dazu in Landschaftsschutzgebieten der Region **wirtschaftlich absurd**. Die **FDP verlangt die Beendigung weiterer derartiger Planungen**.

Wirtschaftsentwicklung

Das von der FDP nach den letzten Kreistagswahlen bei der Koalitionsbildung durchgesetzte neue **Wirtschaftsdezernat soll mit mehr Kompetenzen und entsprechenden Mitteln gestärkt werden**: Wirtschaftsförderung, Standortentwicklungen, angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik, Lotsendienste durch Behörden sowie die Rahmenbedingungen für Existenzgründer und Firmenansiedlungen, wie sie mit dem Technologie- und Innovations-Zentrum(TIZ) und dem Beratungs- und Qualifizierungszentrum(BQZ) in Dieburg geschaffen wurden. Auch der Ausbau und die Qualität der Infrastruktur müssen in Koordination mit Städten und Gemeinden weiter verbessert werden. Denn nur steigende Wirtschaftstätigkeit und mehr Arbeitsplätze führen auch zu mehr Steuereinnahmen, die zu einer nachhaltigen Sanierung der kommunalen Haushalte notwendig sind.

Neue Arbeitsplätze lassen sich aber nicht staatlich anordnen. Sie können nur in und mit der Wirtschaft geschaffen werden. Die FDP setzt dabei vor allem auf den Mittelstand. Er hat gezeigt, dass er auch in Zeiten konjunktureller Schwäche die stabilsten Arbeitsplätze garantiert und trotz angespannter Arbeitsplatzsituation das Gros der gewerblichen Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Die FDP will deshalb **die Privatwirtschaft stärken**. Der Landkreis ist zwar zweitgrößter Arbeitgeber, aber er und seine Kommunen sind keine Unternehmen. Sie haben sich grundsätzlich auf Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge zu beschränken. **Deshalb sind alle direkten und indirekten Unternehmensbeteiligungen im Hinblick auf mehr Privatisierung zu prüfen**. Darüber hinaus sind alle Leistungen des Kreises darauf hin zu untersuchen, ob sie nicht genauso gut, auf Dauer und günstiger durch Private erbracht werden können. Wenn das der Fall ist, sind die Leistungen auszuschreiben und zu vergeben.

Öffentlich-private Partnerschaften (PPP), sind keine Patentlösungen aber auch kein Tabu bei der Lösung kommunaler Finanzierungsprobleme, wenn die Beteiligung privater Investoren zu Effizienzvorteilen gegenüber konventionellen Investitionsfinanzierungen führt. Entscheidend für den Erfolg ist die sachgerechte Verteilung der Risiken zwischen den Vertragspartnern.

Tourismuswirtschaft und mittelständisch strukturiertes Gastgewerbe leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstrukturen und zum Abbau der regionalen Disparitäten. Tourismus als **weltweit bedeutendste Wachstumsbranche** boomt auch in Hessen. Die touristischen Angebote unserer Region werden dabei durch die Attraktion des Unesco-Geoparks sowie des reichen Kultur- und Naturerbes unterstützt. **Davon können unsere Kommunen mit touristischen Angeboten profitieren**.

Die FDP fordert eine stärkere **Zusammenarbeit im regionalen Gebietsmarketing**. Dabei sind der Ausbau der Vermarktung und Verkostung regionaler Produkte sowie attraktive Urlaubsangebote im ländlichen Bereich wichtige Bausteine

Für den ländlichen Raum bietet zunehmend auch die **Nutzung nachwachsender Rohstoffe** erhebliche Wachstumschancen. Dezentrale Energiepotentiale werden kleine und mittelständige Unternehmen stärken und zu höherer Wertschöpfung in Dörfern und Städten führen.

Die FDP hält an ihrem Ziel der **Fusion der Sparkassenorganisationen in Südhessen** fest, um Wirtschaft und Bürgern eine noch konkurrenzfähigere kreditwirtschaftliche Versorgung zu ermöglichen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die vorhandenen Filialnetze erhalten bleiben. Erste Schritte der begonnenen Zusammenarbeit der Sparkassen im Dienstleistungsbereich auch über die Region hinaus sollten, ausgebaut werden.

Mit der liberalen Initiative der internationalen Preschool und der gebührenfreien, weil in der Trägerschaft des Landkreises realisierten, **Internationalen Schule am Schuldorf Bergstrasse** hat die FDP einen wichtigen **Standortfaktor** im Wettbewerb der Regionen Europas geschaffen: Schon heute werden dort Kinder aus 20 Nationen unterrichtet. Für die Bereitschaft internationaler Arbeitskräfte und deren Familien sich hier anzusiedeln, sind neben der Vielfalt der Bildungsangebote aber auch besondere Kultur- und erlebnisreiche Freizeitangebote, touristische und gastronomische Attraktionen wichtige **„weiche“ Standort- und Wettbewerbsfaktoren**. Sie **müssen** konstant **weiterentwickelt und beworben werden**.

Soziales

Mehr Arbeitsvermittlung - mehr Generationengerechtigkeit - mehr Sicherheit

Liberaler Sozialpolitik basiert auf einem Menschenbild, in dem der Einzelne bemüht ist, sein Leben in der Gemeinschaft selbstständig und eigenverantwortlich zu gestalten. Wo dies aufgrund von Behinderung, Krankheit oder Lebensalter nicht möglich ist, muss Hilfe zielgerichtet, effektiv, schnell und kostengünstig erfolgen. Dabei muss eine ständige Überprüfung der Hilfeleistungen auf ihre Effizienz erfolgen.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Sozialpolitik. Daher sind Sozial- und Wirtschaftspolitik eng miteinander verbunden.

Hartz IV / SGB II

Der Landkreis hat sich dafür entschieden, mit der Kreisagentur für Beschäftigung **direkte Verantwortung** für Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen zu übernehmen, für die bisher die Arbeitsverwaltung zuständig war.

Die Übernahme der Leistungen nach den SGB II durch die Kreisagentur für Beschäftigung eröffnet die Möglichkeit, ortsnah, gezielt und personenbezogen in verschiedenen Stufen zu fördern und auch zu fordern. Leistungsempfänger und Fallmanager müssen gemeinsam Lösungen erarbeiten, die den Hilfebedürftigen weder über- noch unterfordern. Diese Lösungen sind dann verbindlich umzusetzen. Dabei sind Leistungskürzungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten notwendig, wenn die Leistungsempfänger nicht bereit sind, eigenverantwortlich mitzuwirken. Qualifizierungsmaßnahmen müssen sich an den Anforderungen des Arbeitmarktes orientieren.

Alle **Instrumente der Arbeitsmarktpolitik** sind auf Umfang, Wirksamkeit und Effizienz zu überprüfen. Das gilt auch für die sogenannten „**Ein-Euro-Jobs**“. Nach unserer Überzeugung dürfen diese nur zur Überprüfung der Arbeitsbereitschaft und zur Wiedererlangung verlorener Arbeitstugenden dienen. Andernfalls besteht die **Gefahr von Verdrängungseffekten und Wettbewerbsverzerrungen** auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ziel darf nicht eine Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes, sondern muss eine Integration Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt sein.

Die Finanzierung des Arbeitslosengeldes II ist durch Bundesmittel nicht vollständig gedeckt. Insbesondere für die Unterbringung der Leistungsbezieher hat

der Kreis in erheblichem Umfang zusätzliche Ausgaben. Diese Aufwendungen der Kreisagentur für Beschäftigung belasten damit erheblich den Kreisetat. Kommunale Gebietskörperschaften, die von dem Optionsmodell Gebrauch gemacht haben, sind dringend aufgefordert, Verhandlungen mit dem Bund über die möglichst **vollständige Erstattung der anfallenden Kosten** zu führen.

Kinder und Familie

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Dabei ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig, um die Entscheidung für ein Kind zu erleichtern. Kinder und Karriere müssen nebeneinander möglich sein. Das gilt auch für allein erziehende Väter und Mütter. Wer Flexibilität im Beruf zeigen soll, muss auch auf **flexible Ganztagsbetreuungsangebote**, Tagesmütter und Kinderkrippen zurückgreifen können. Ganztageskinderplätze mit flexiblen Öffnungszeiten sind unverzichtbar. Wenn sich Kommunen entscheiden, Kinderbetreuungseinrichtungen kostenlos anzubieten, darf dies nicht durch die Kommunalaufsicht des Innenministeriums konterkariert werden.

In Kindergärten muss das Betreuungsangebot durch **altersgerechte, auch bilinguale Bildungsangebote** verbessert werden. Erzieher und Erzieherinnen müssen entsprechende Qualifikationen erwerben können.

Private Initiativen arbeiten vielfach kostengünstiger als öffentliche Einrichtungen. Daher müssen diese, sofern sie die gesetzlichen Vorgaben erfüllen, verstärkt gefördert werden.

Der Bedarf an Ganztagsbetreuung in Schulen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Oftmals arbeiten beide Elternteile oder Alleinerziehende können wegen der Kinderbetreuung kein adäquates Arbeitsverhältnis eingehen. Sie sind deshalb auf zusätzliche Leistungen angewiesen, die wiederum die kommunalen Haushalte belasten. Eine **Ganztagsbetreuung mit integrierter Hausaufgabenbetreuung** ist daher im allgemeinen Interesse. Die Schulen müssen bei entsprechender Förderung verstärkt zu derartigen Angeboten angehalten werden, wobei ehrenamtlich Tätige zu einer Reduzierung der entstehenden Kosten beitragen sollen.

Jugend

Demokratie ohne Nachwuchs hat keine Zukunft. Liberale Politik bedeutet, dass Jugendliche ernst genommen werden und eigene Gestaltungsmöglichkeiten haben. Generationengerechtigkeit und verantwortungsbewusste Teilnahme am gesellschaftlichen Leben betrifft alle Altersstufen.

Die FDP will die Eigeninitiative und Selbstorganisation Jugendlicher fördern und deshalb **Schülerwahlen, Jugendbeiräte und Jugendparlamente unterstützen**.

Angebote für Jugendliche müssen so ausgestaltet werden, dass gerade diejenigen, die keiner sinnvollen Freizeitgestaltung nachgehen und daher am ehesten gefährdet sind, erreicht werden. Hier gewinnt die Tätigkeit der Vereine eine herausragende Bedeutung. Auch den Jugendorganisationen der politischen Parteien kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe zu.

Bei der **Förderung der Vereine** ist besonders darauf zu achten, dass eine qualifizierte Jugendarbeit geleistet wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass den Jugendlichen ein möglichst breites Angebot zur Verfügung steht.

Gleichberechtigung

Der Beitrag von Frauen und Männern in Familie, Wirtschaft und Gesellschaft ist gleichwertig. Deshalb setzt die FDP bei der Partnerschaft zwischen Frauen und Männern auf gleiche Teilnahmerechte und -chancen.

Im Zuge der Gleichberechtigung sind die erheblichen Ausgaben des eigens für Frauenbelange geschaffenen Kreisfrauenbüros auf das Maß zurückzuführen, das den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

Die FDP unterstützt die freiwillige Selbstorganisation von Frauen in Vereinen, Stiftungen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen. Die finanzielle Unterstützung des Frauenhauses in Münster sowie der Fachberatungsstellen und Mütterzentren soll weiterhin erfolgen.

Senioren

Alter darf nicht ins Abseits führen. Ältere Menschen müssen als geachtete Bürger gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, aktiv, sinnvoll eigenverantwortlich und selbst bestimmt. Von ihren Erfahrungen können alle profitieren.

Noch wird Darmstadt-Dieburg aufgrund seiner Lage und Ausgangsbedingungen als „Zuzugskreis“ begünstigt und weiter wachsen. Prognosen lassen jedoch einen **Bevölkerungsrückgang ab 2020** erwarten. Vorausschauendes politisches Handeln muss sich schon jetzt durch eine **demografische Anpassungs- und Präventionsstrategie** auf diese mögliche Entwicklung einstellen. Die FDP richtet dabei ihr Hauptaugenmerk auf die Verbesserung der Bedingungen für Kinder, Familien und Senioren, den Zuzug und Verbleib junger Familien, eine bedarfsgerechte Anpassung der öffentlichen Strukturen und auf verbesserte Lebensbedingungen, die die Attraktivität unseres Landkreises erhöhen.

Dafür wird sich die FDP in der vom Kreistag eingesetzten „Kommission demografischer Wandel“ auch weiterhin nachhaltig einsetzen.

Liberaler Seniorenpolitik geht Jung und Alt gleichermaßen an, weil sie das Geseinender der Generationen verhindern und das Miteinander erreichen will.

Die FDP will die **ehrenamtliche Tätigkeit von Senioren** im Rahmen ihrer Möglichkeiten **fördern**. Sie will gerade diejenigen einer älter werdenden Gesellschaft in die Verantwortung nehmen, die endlich genügend Zeit haben, sich um die Angelegenheiten der Gemeinschaft mit all ihren Erfahrungen zu kümmern. Es gibt eine unendliche Liste alter und uralter Menschen, die die Welt mehr verändert haben, als ganze Generationen von Dreißigjährigen. Altengerechtes Wohnen in seiner Vielfalt, Seniorenclubs, Seniorenbeauftragte, Vereine zur gegenseitigen Hilfe etc. sollen gefördert werden. **Der ambulanten Hilfe ist Vorzug einzuräumen vor der stationären Hilfe**, wobei dem Wunsch der Senioren auch nach verschiedenen Zwischenstufen entsprochen werden soll.

Seniorenarbeit sollte **möglichst wohnortnah** erfolgen. Was in den Kommunen an Seniorenarbeit erledigt werden kann, sollte nicht zusätzlich Aufgabe des Landkreises sein.

In vielen Gemeinden sind bereits Seniorenbeauftragte in den Verwaltungen tätig. Daher muss vorrangig die **Verlagerung der Beratungstätigkeit vom Kreis auf die Kommunen** betrieben werden.

Gersprenz gGmbH / Zweckverband Senio

Zum Zeitpunkt der Gründung der Seniorendienstleistungs-Gesellschaft Gersprenz gGmbH, die Altenpflegeheime in Reinheim, Groß-Umstadt und Groß-Zimmern sowie künftig in Münster betreibt, war die FDP nicht im Kreistag vertreten. Sie trägt somit auch keine politische Verantwortung für die damals getroffenen Entscheidungen. Dennoch sieht sich die FDP in der Pflicht, die **Zukunft des Senio Zweckverbandes zu sichern**. So hat sich die FDP zunächst in dem vom Kreistag unter Vorsitz ihres Fraktionsvorsitzenden Klaus-Jürgen Hoffie eingesetzten Akteneinsichtsausschuss erfolgreich um Aufklärung der

Ursachen der defizitären Entwicklung der Gesellschaft bemüht und konstruktiv an Vorschlägen einer Sanierung mitgewirkt.

Aufgrund der finanziellen Schieflage des Senio Zweckverbands und der Gersprenz gGmbH ist der Zuschussbedarf des Landkreises und der beteiligten Kommunen erheblich. Indirekt sind alle Kommunen des Landkreises über die Kreisumlage an dem Millionendefizit beteiligt. Nach dem Gutachten der hinzugezogenen Unternehmensberatung ist jedoch mittelfristig mit einer Besserung der finanziellen Situation des Zweckverbandes Senio zu rechnen. Der Landkreis wird aufgefordert, gemeinsam mit den beteiligten Kommunen den eingeleiteten Konsolidierungskurs mit höchster Sorgfalt zu begleiten. Sollte sich die Gersprenz gGmbH nach der Umstrukturierung nicht als geeignete Betreiberin erweisen, wird sich die FDP mit Nachdruck für einen neuen Betreiber einsetzen.

Im Übrigen sollte der privaten Altenpflege der Vorrang vor kommunalen Aktivitäten in diesem Bereich gegeben werden.

Gesundheit

Eine gute Versorgung im Krankheitsfall ist das zentrale Anliegen der Menschen an die kommunale Gesundheitspolitik. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen und erhalten werden, damit den kranken Menschen in zumutbarer Entfernung ein ausreichendes Angebot an medizinischer und pflegerischer Leistung durch Heilberufe, Pflegedienste und Krankenhäuser zur Verfügung steht. Unsere Gesundheitspolitik will eine enge Zusammenarbeit der freien, niedergelassenen Heilberufe untereinander sowie mit den Krankenhäusern des Kreises.

Die FDP begrüßt die von der Landesregierung geforderte **Fusion der Kreiskrankenhäuser Groß-Umstadt und Seeheim-Jugenheim mit dem St. Rochus Krankenhaus in Dieburg**, mit der Synergieeffekte genutzt werden können.

Die FDP sagt ein klares **Nein zur Freigabe von harten und weichen Drogen**. Um Drogensüchtige in der Szene zu erreichen, aber auch aus humanitären Gründen, sind szenen- und ortsnahe Einrichtungen notwendig, wie Anlaufstellen zur Beratung und medizinischen Versorgung, Streetworker, Druckräume und Notschlafplätze.

Integration

Wesentlich für den Zusammenhalt, den inneren Frieden und die Toleranz in unserer Gesellschaft ist, wie deutsche und Zugewanderte miteinander auskommen, wie Migranten hier leben und integriert sind und welchen Rechtsstatus sie genießen. Liberale Ausländerpolitik ist in ihrem Kern Integrationspolitik. Sie verlangt Anstrengungen von den Einheimischen, besonders aber von den Zugewanderten und ihren Familien, Integrationsbereitschaft zu zeigen und Integrationsangebote anzunehmen. Aufgabe und Ziel ist es, die **Zuwanderer auf Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung** des Grundgesetzes **zur Teilnahme am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben hinzuführen**. Integrationsmaßnahmen verschiedener Ebenen müssen besser aufeinander abgestimmt werden.

Bürgerengagement

Leben in unserem Kreis und unseren Gemeinden bedeutet vor allem Leben in der Gemeinschaft. Hier ist die Möglichkeit des Einzelnen, seinen unmittelbaren Lebensraum, seine Lebensbedingungen und seine Lebensqualität selbst zu erkennen und mitzugestalten. Für Liberale gilt das Prinzip der Subsidiarität, des Vorrangs der kleineren Einheit: Auf höherer Ebene soll nur geregelt werden, was auf unterer Ebene nicht besser geregelt werden kann. Wichtiger Bestandteil der liberalen Bürgergesellschaft ist der **stärkere Einfluss der Bürger auf kommunale Sachentscheidungen durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide**. Für die FDP sind Eigeninitiative, Selbsthilfe und das Ehrenamt untrennbar verbunden mit dem Einsatz für die Gemeinschaft. In dieser Gemeinschaft sind Sport- und Kulturvereine ebenso unverzichtbar, wie soziale Initiativen. Sie brauchen Unterstützung und notwendige Freiräume, um sich entfalten zu können. Das ehrenamtliche Engagement soll erleichtert werden durch Qualifizierung, Anleitung und die Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften.

Die Verkleinerung des Kreistages auf die gesetzlich kleinste mögliche Zahl von 81 auf 71 Abgeordneten war ein Schritt in die richtige Richtung. Jetzt fordert die FDP weniger und kleinere Kreistagsausschüsse und Sitzungen grundsätzlich nur noch außerhalb beruflicher Dienstzeiten. Damit sollen mehr Mitwirkungs-

möglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger geschaffen und Verdienstausfall-abrechnungen gespart werden.

Sicherheit

Den Ängsten und dem Bedrohungsempfinden der Bevölkerung muss Rechnung getragen werden. Viele Bürger fühlen sich an bestimmten Orten zu bestimmten Tageszeiten nicht ausreichend sicher.

Die Polizei kann nicht immer flächendeckend an den markanten Punkten sein, zumal sie meist für mehrere Kommunen zuständig ist.

Die FDP befürwortet daher einen ehrenamtlichen freiwilligen Polizeidienst, der an den Brennpunkten immer wieder präsent ist. Alleine diese Präsenz reicht oftmals schon aus, Bedrohungen und Vandalismus vorzubeugen. Die örtlichen Polizeidienststellen können so teilweise entlastet werden, bei Bedarf aber zu Hilfe gerufen werden.

Die Erfahrungen von Kommunen, die einen solchen freiwilligen Polizeidienst eingerichtet haben, sind durchweg positiv.

Eine verbesserte Zusammenarbeit aller Verantwortlichen, z. B. durch die **Gründung von lokalen Präventionsräten**, trägt zu einem wirksamen Schutz der Bürger bei.

Wo Gewalt, Diebstahl, Vandalismus und Graffiti- Verunreinigungen an Schulen nicht einzudämmen sind, wird die FDP darauf hinwirken, dass Programme entwickelt werden, die sicherstellen, dass durch gemeinsame Übernahme von Verantwortung durch Schüler, Lehrer und Eltern eine derartige Verschwendung von Steuergeldern unterbleibt. Gegebenenfalls ist eine Videoüberwachung von **Pausenhöfen und Fahrradständern außerhalb der Schulzeit einzurichten**

Dabei ist die Einbeziehung der Jugendbeiräte zwingend erforderlich, da sie in der Regel die Gegebenheiten vor Ort am besten beurteilen können. Schul- und Sozialpolitik müssen hier eng zusammenarbeiten.

Umwelt, Natur, Landwirtschaft, Verkehr

**Mehr Effizienz - mehr marktwirtschaftliche Prinzipien -
mehr Mobilität**

Umwelt und Natur

Wir müssen sorgfältig mit unserer Natur und Umwelt umgehen, denn wir sind auf sie angewiesen, wir leben in ihr.

Wir wollen unseren Kindern die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Unser Landkreis ist von der Natur begünstigt. Natur gehört zu den Voraussetzungen der Qualität unseres Lebens. Deshalb setzt sich die FDP für nachhaltig zukunfts-verträgliche Entwicklungen ein, die **durch ökologisch bewusstes Handeln Belastungen reduzieren** und die Ressourcenproduktivität erhöhen. Effizienter Umweltschutz ist nur mit marktwirtschaftlichen Instrumenten zu erreichen. Ein Wirtschaftssystem, das seine natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, ist nicht zukunftsfähig. Der Schutz der Umwelt gehört zu den unabdingbaren Zielen einer sozialen Marktwirtschaft. Markt und Wettbewerb zielen auf Effizienz beim Vermeiden und Beheben von Schäden. Dieses Prinzip muss sich endlich auch in der Umweltpolitik durchsetzen. Anstelle bürokratischer und dirigistischer Apparate brauchen wir **Umweltschutz mit modernen marktwirtschaftlichen Methoden**, um die besten Ergebnisse zu erzielen.

Moderne Umweltpolitik erkennt, dass es anmaßend ist, Menschen auf allen Gebieten vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. So wäre es nicht mehr notwendig, den privaten Haushalten die Mülltrennung gesetzlich vorzuschreiben, wenn z.B. technische u. wirtschaftliche Möglichkeiten bestehen, die exakter und gründlicher den gleichen Zweck erreichen. Es ist nicht sinnvoll, Schadstoffe im Promillebereich weiter zu reduzieren, wenn mit dem gleichen Aufwand anderswo ein hundertfacher Effekt zu Gunsten unserer gemeinsamen Umwelt zu erzielen wäre.

Deshalb setzen wir darauf, das Ordnungsrecht zurückzudrängen zugunsten marktkonformer Instrumente wie die Schaffung von Eigentumsrechten, Zertifikatshandel, Lizenzen und Selbstverpflichtungen.

Unser Ziel ist **Wettbewerb der besten Lösungen statt staatlicher Intervention**. Wenn wir für Umweltschutz etwas erreichen wollen, dann müssen wir Produktions- und Lebensweisen ersetzen, deren bedrohliche Folgen uns deutlich werden.

Dazu brauchen wir Technologien zur Erneuerung und Verbesserung aller Produktionsmöglichkeiten durch Einfallsreichtum und wissenschaftliche Erkenntnis.

Der Verbrauch an fossilen Brennstoffen wird weiter ansteigen. Um den Trend umzukehren sind alle Möglichkeiten über die wir heute verfügen, gleichzeitig anzuwenden:

- Der Anbau nachwachsender Rohstoffe
- der Einsatz der Wasserstofftechnologie
- Geothermik und Solartechnik
- Einsparungen durch verbesserte Wärmedämmung
- Kraftwärmekopplung aber auch
- Kernenergie, denn sie kann kurzfristig den wirksamsten Beitrag zum Schutz des Klimas bieten. Dabei darf es keine Zugeständnisse bei der Sicherheit geben.

Energiepolitik muss Versorgungssicherheit leisten. Sie darf aber nicht zu überhöhten Preisen führen. Die Möglichkeit, regenerativ gewonnene Energie mit Speichertechniken zu konservieren, muss genutzt werden. Die Rahmenbedingungen für die energetische Nutzung von Biomasse müssen durch Beseitigung von Überreglementierung verbessert werden. Wir setzen uns ein für die energetische **Nutzung nachwachsender Rohstoffe auch in unserem Landkreis.**

Die FDP spricht sich **gegen die weitere Genehmigung von Windkraftanlagen in windschwachen Gebieten** ohne klaren Nachweis der Wirtschaftlichkeit und in Naturschutzgebieten aus. Energietechnisch fragwürdige Anlagen sind ein zu hoher Preis für die Beeinträchtigung von Flora und Fauna, des Landschaftsbildes und des Tourismus.

Das im Kreis umgesetzte Verfahren zur Mülleinsammlung im Wettbewerb und mit selektiver Entsorgung hat sich als äußerst effektiv und sauber erwiesen. Die am Verursacherprinzip orientierte Gebührenordnung ist beispielhaft kostengünstig.

Die FDP begrüßt die Beteiligung der Kreise Groß-Gerau und Bergstraße an einer gemeinsamen Müllentsorgung, um die Müllverbrennungsanlage des ZAS effizienter betreiben zu können.

Landwirtschaft

Landwirtschaft ist in unserer Region zwischen den Ballungsräumen Rhein-Main und Rhein-Neckar **keine bloße Restgröße**.

Sie ist ein wichtiger Faktor bei der Erzeugung von hochwertigen Nahrungsmitteln in Verbrauchernähe, schafft Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze. Sie ist wichtiger Partner bei der Erhaltung der alten und gewachsenen Kulturlandschaft.

Fehlendes Marktgleichgewicht, mangelhafte Betriebsstrukturen und ausufernde Bürokratie sind hinderliche Merkmale bisheriger EU-Agrarpolitik. Subventionierte Investitionen und Produktpreise sind kein Erfolgsmodell. Sie führen tendenziell zu Fehlinvestitionen, Bürokratie, zu Überproduktionen und damit zu massiven Funktionsstörungen der Märkte.

Die FDP ist davon überzeugt, dass die ab 2013 festgelegte einheitliche Flächenprämie, die **Kulturlandschaftsprämie, der richtige Weg** zu einer marktwirtschaftlich orientierten, leistungs- und ertragsstarken nachhaltigen Landwirtschaft ist. Sie sichert Landbewirtschaftung zu volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten.

Eine standortangepasste Landwirtschaft ist Voraussetzung zur Erhaltung des hohen Qualitätsstandard unserer Böden. Mit der Kulturlandschaftsprämie werden die Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe für den Erhalt der Kulturlandschaft honoriert.

Verkehr

Die FDP will eine mobile Gesellschaft. Diese soll aber nicht zu unerträglichen Lasten Anderer erreicht werden. Deshalb müssen die verschiedenen Verkehrsmittel unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Kriterien in einem funktionsfähigen Wettbewerb zueinander stehen. **Individualverkehre sind umweltverträglich zu optimieren:** Flüssiger Verkehr mindert Schadstoffausstoß, spart Energie und Feinstaubemissionen. Intelligente Ampelsysteme müssen „Grüne Wellen“ ermöglichen.

Umgehungsstraßen sollen Ortskerne und Wohngebiete entlasten, wo Einwohner in unserem Landkreis zum Teil seit Jahrzehnten unerträglich unter Verkehrslärm, Staus und Abgasen leiden. Mit den Ortsumgehungen Pfungstadt, Ober-Ramstadt und Bickenbach sind in den letzten Jahren bereits **wichtige Entlastungstrassen** fertig gestellt worden. Besonders **dringlich** sind jetzt

- die Nord-Ost-Umgehung Darmstadt bis zur B 42- Autobahn-Anschluss Weiterstadt
- die B 38 - Ortsumgehungen Groß-Bieberau und Reinheim mit Anbindung an die B 426
- der B 26 - Ausbau kreuzungsfrei zwischen Dieburg und Babenhausen-Ost
- der B 45 - Ausbau kreuzungsfrei zwischen Dieburg und Groß-Umstadt-Süd
- die B 426 - Umgehung Nieder-Ramstadt mit Lohbergtunnel und Ausbau am Kühlen Grund (Felsnase)
- die Ostumgehung Ober-Ramstadt als Verbindung zwischen der B 426 und der B 38 (jedoch nicht vor Bau der NO-Umgehung Darmstadt)
- die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse Pfungstadt-Eschollbrücken

Jede neue Trasse für Straßen oder Schienenwege ist ein Eingriff der durch Ausgleichsflächen zu mildern ist. Soweit diese der Landwirtschaft im Kreis nicht mehr zur Verfügung stehen werden, setzt sich die FDP dafür ein, weniger attraktive, auch rückbaubare Flächen der Kommunen zu nutzen und als Grünflächen entstehen zu lassen.

Wir werden unsere Verkehrsprobleme nur im regionalen Maßstab lösen. Deshalb fordert die FDP eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung der Stadt Darmstadt mit den Landkreisen in Südhessen bedarfsorientiert und attraktiv organisiert, ausgebaut und durch P+R-Plätze - besonders für Pendler nach Darmstadt - mit dem Individualverkehr ergänzt werden. So können Verkehrs- und Umweltbelastungen deutlich gesenkt werden. Der **ÖPNV** muss angesichts der dramatischen Haushaltssituation des Kreises noch **stärker nach wirtschaftlichen Grundsätzen** betrieben werden. Beispielsweise können Anruf-Sammel-Taxen (AST) teure Stadtbuslinien ersetzen bzw. ergänzen.

Die FDP fordert die Optimierung und Kanalisierung der Pendlerströme in Südhessen sowie die **Erleichterung der Übergänge zwischen den Verkehrsverbänden** RMV, Rhein Neckar und Verkehrsgesellschaft Untermain

Großräumige Verkehrserschließungen müssen in unserem regionalen Vernetzungsbereich auch die Entwicklung einer künftigen Metropolregion Rhein-Main-Neckar beachten .

Die ICE-Neubautrasse Frankfurt-Stuttgart mit Halt in Darmstadt und Mannheim ist dabei das wichtigste Projekt. Die FDP wersetzt sich allen Zugeständnissen und Forderungen, eine ICE-Trasse ohne Halt in Darmstadt zu ermöglichen. Die Trassenvarianten über Darmstadt vermeiden

- massive Grundwasserkonflikte
- erschließen das Kundenpotential einer wirtschaftsstarken Region
- Deutschlands und Europas
- ermöglichen neue Verknüpfungsmöglichkeiten im Schienenfernverkehr
- berücksichtigen die künftige Liberalisierung im Schienenverkehr
- eröffnen zukünftigen Generationen die eigene Entscheidung über
- Durchfahrt und Halt von Zügen in der Region.

Der Ausbau des Frankfurter Flughafens ist unverzichtbar. Er ist mit 3.3 Milliarden Euro die größte private Zukunftsinvestition in Deutschland. Damit wird die Verdoppelung des Fluggastaufkommens in den nächsten zehn Jahren und die Beschäftigung von 100.000 Mitarbeitern ermöglicht. Fraport sichert mit seiner Dreikreuzfunktion und als Tor zur Welt den Standort Hessen und der Technologieregion Rhein-Main-Neckar im Wettbewerb der Regionen Europas. Er ist für den Landkreis Darmstadt–Dieburg herausragender Standortfaktor. Erforderlich ist deshalb die direkte Anbindung des Fraport-Geländes an den Schienenverkehr auch aus dem östlichen Kreisgebiet.

Voraussetzung für den Ausbau ist die Einhaltung der Empfehlungen des Mediationsverfahrens, insbesondere des Nachtflugverbots von 23.00 bis 5.00 Uhr und des Anti-Lärmpakts sowie des bestmöglichen Schutzes der Lebensqualität und der Gesundheit der Menschen.

Finanzen und Verwaltung

Mehr Transparenz - mehr Controlling - mehr Schuldenabbau

Unser Landkreis bündelt und gestaltet öffentliche Aufgaben, die über die Leistungsfähigkeit seiner 23 Städte und Gemeinden hinausgehen. Das betrifft z.B. Schulgebäude und Krankenhäuser, Arbeitsmarkt und Sozialhilfe, Volkshochschule, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Rettungsdienst, aber auch Müllabfuhr, Tier- und Verbraucherschutz, Natur- und Umweltschutz, Wirtschaftsförderung und Verkehrsaufgaben, Flüchtlingsamt und Ausländeramt, Bauaufsicht und Bauunterhaltung oder Führerscheinstelle.

Dabei geht es der FDP um die **gesamtverantwortliche, ausgleichende Gestaltung der Lebensverhältnisse im Kreisgebiet** und um leistungsfähige, koordinierte Verwaltungsstrukturen, die für effiziente Problemlösungen notwendig und einer bürgerschaftlichen Kontrolle zugänglich sind.

Unsere Kommunen sind die kleinste politische Einheit, die unser Zusammenleben bestimmt. **Vielen Städten und Gemeinden aber steht das Wasser bis zum Hals.** Die fehlende finanzielle Grundlage durch weg brechende Steuereinnahmen, ansteigende Haushaltsdefizite, geringes Wirtschaftswachstum und damit verbundene Arbeitsplatzverluste, unzureichende Zuweisungen von Bundes- und Landesmitteln und vor allem immer neue Regelungen und Aufgabenübertragungen ohne entsprechende Ausgleichszahlungen strangulieren den kommunalen Selbstverwaltungsauftrag .

Auch unser **Landkreis ist strukturell unterfinanziert.**

Alleine in diesem Jahr wird er trotz Schuldenabbau in seinem Wirtschaftsplan fast 35 Millionen Euro Unterdeckung ausweisen müssen, weil den auferlegten finanziellen Verpflichtungen im Bereich der Sozialhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe und des Flüchtlingswesens kein ausreichender Ausgleich gegenüber steht. Das kumulierte Defizit wird dann fast 135 Millionen Euro erreichen. Selbst bei konsequenter Fortsetzung der in dieser Legislaturperiode eingeleiteten Konsolidierungsbemühungen wird das Eigenkapital spätestens 2008 aufgezehrt sein. Der Kreis wird aus eigener Kraft auch in den nächsten Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Das wollen wir ändern!

Die FDP verlangt deshalb:

- Die konsequente und umfassende **Anwendung des „Hessischen Gesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs“**, wonach den Gemeinden und den Gemeindeverbänden die Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, die zur Erledigung der eigenen und der ihnen übertragenen Aufgaben erforderlich sind.
- Die gesetzliche **Einführung** und strenge Beachtung **des** in Hessen unter Regierungsverantwortung der FDP durchgesetzten **Konnexitätsprinzips auch auf Bundesebene**. Wer eine Aufgabe auf eine andere Ebene überträgt, hat sie auch zu bezahlen.
- Dass ein **ausgeglichener Haushalt** künftig wieder **selbstverständlich** wird und deshalb die seit Jahren in Aussicht gestellte **Gemeindefinanzreform** in den Jahren 2006 und 2007 endlich zu **realisieren** ist. Damit muss den Kreisen und Kommunen bei der anstehenden Föderalismusreform wieder eine solide, berechenbare und **Konjunktur unabhängige Finanzgrundlage** gegeben werden. Nur durch ein eigenes Heberecht der Städte und Gemeinden bei der Einkommensteuer und einen höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer kann der Fortbestand der kommunalen Selbstverwaltung gesichert werden. Hierdurch werden auch die Voraussetzungen für eine überschaubare Aufgaben- und Leistungsverteilung zwischen Kreis und Gemeinden geschaffen: Anwendung des Subsidiaritätsprinzips einerseits und Umlagenentrichtung für zuvor definierte Ausgaben andererseits.
- **Ein Haushaltssicherungskonzept** nach § 92.IV HGO (Hessische Gemeindeordnung) n. F. in Verbindung mit §§ 24 und 25 der GemHVO-Doppik von der Kreisverwaltung **in Angriff** zu **nehmen**. Hierbei sind die durch Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Richtlinien auferlegten **Ausgaben offen zu legen und auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen**. Dazu zählen auch sämtliche freiwilligen Leistungen, die Subventionen für z.B. Verkehrsbetriebe (HEAG, Dadina, RMV), die Kreiskrankenhäuser, Haushalte der Volkshochschule und des Kulturbereiches.

Mit sämtlichen Trägern der Kranken- und Sozialhilfe sind tragbare Modelle zu entwickeln und umzusetzen die darauf abzielen, die erforderlichen Leistungen zu niedrigeren Kosten zu erbringen. Die Satzungen der Institutionen sind zu harmonisieren und die Aufgabenstellungen auf den unabdingbaren Mindestumfang zu beschränken.

Einstellungstopps für Personal der Kreisverwaltung **sind beizubehalten**.

Solide Politik setzt gesunde Finanzen voraus. Es ist unverantwortlich, künftigen Generationen Schuldenberge zu hinterlassen. Deshalb dürfen Kreise und Ge-

meinden auf Dauer nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen. Ein **konsequenter Schuldenabbau ist unverzichtbar**. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

Der Abbau der Nettoverschuldung ist verstärkt fortzusetzen:

Grundsätzlich gilt für die FDP:

- **Vor jeder Investitionsmaßnahme** ist eine **Kosten-/Nutzenanalyse** zu erstellen.
- Keine investive Ausgabe ohne **Berücksichtigung der Folgekosten**.
- Investitionen des Kreises dürfen die jährliche Tilgungsfähigkeit nicht überschreiten, selbst wenn dadurch Zuschüsse des Landes nicht in Anspruch genommen werden können.

Die FDP lehnt eine Erhöhung der Kreisumlage zu Lasten der Gemeinden im Landkreis Darmstadt-Dieburg **grundsätzlich ab**. Ausnahmen können nur gelten, wenn Bund oder Land dem Kreis weitere Aufgaben unter Missachtung des Konnexitätsprinzips übertragen, d.h. entsprechende Mittel bei Überwälzung neuer Aufgaben in verfassungswidriger Weise nicht zur Verfügung stellen.

Die FDP verlangt, die **Kreisverwaltung** jeweils im Abstand von mehreren Jahren auch durch externe Wirtschaftsprüfer **auf Rationalisierungsmöglichkeiten** und die Vereinfachung der Auf- und Ablauforganisation hin **überprüfen zu lassen**. Mit einer entsprechenden Überprüfung in der kommenden Legislaturperiode soll ein weiterer Schritt hin zu einer modernen, effizienten und sparsamen Kreisverwaltung unternommen werden.

Durch die in der Kreisverwaltung als Pilotprojekt bereits erfolgte Umstellung des kameralistischen Haushalts auf einen Wirtschaftsplan nach den Grundsätzen kaufmännischer Buchführung wird den Gemeinden die gesetzlich vorgeschriebene Einführung des neuen Haushaltsrechtes erleichtert.

Für die **Weiterentwicklung des Wirtschaftsplans** erwartet die FDP eine transparentere Darstellung der Aufwands- und Ertragsdaten und eine intensivere Anwendung der Budgetierung. Transparenzverbesserung ist auch für den Investitionsplan erforderlich, der dem Finanzhaushalt zugrunde liegt.

Es ist eine Leistungsverrechnung zwischen den Kreis- und Gemeindeverwaltungen einerseits, sowie den Beteiligungsgesellschaften und den Einrichtungen der kommunalen Zusammenarbeit andererseits einzurichten.

Die FDP will durch bedarfsgerechte Öffnungszeiten und Einsatz des Internets Verwaltungsabläufe vereinfachen und den Bürgern **überflüssige Behörden-**

gänge ersparen. Die Vernetzung der Internet-Nutzer mit den Kreis- bzw. Gemeindeverwaltungen und der schnellstmögliche Ausbau des Service-Systems „**E-Government**“ sind für die FDP ein **vorrangige Anliegen**.

Kandidaten der FDP zur Wahl des Kreistages am 26.03.2006

	Name	Vorname	Beruf	Geburtsjahr	Strasse	Wohnort
1	Hoffie	Klaus-Jürgen	Journalist	1936	Waldstr.44	Bickenbach
2	Meyer	Rolf	Geschäftsführer	1941	Im Hasengrund 21	Bickenbach
3	Slabon	Sigrid-Inge	Schulamtsdirektorin	1941	Lindenstr.8	Roßdorf
4	Raßler	Jochen	Student	1976	Bordenbergweg 12	Mühltal
5	Achilles, Dr.	Albrecht	Wissensch. Angestellter	1944	Am Schlangens.143A	Dieburg
6	Huthmann	Heinz	Küchenmeister	1948	Mühlstr. 10	Ober-Ramstadt
7	Roth	Klaus	Dipl. Kaufmann	1935	Ober-Ramstädter Weg 2a	Groß-Zimmern
8	Weng	Ingrid	Lehrerin	1947	Waldstr. 40	Dieburg
9	Möbius	Andrea	Juristin	1965	Kleestädter Str.41a	Babenhausen
10	Reuscher	Wilhelm	Dipl. Ingenieur(FH)	1953	Minnefelderseestr.35	Dieburg
11	Krug, Dr.	Michael	Chemiker	1960	Alsbacher Str.20	Bickenbach
12	Lilge	Jürgen	Dipl. Wirtsch. Ingenieur	1944	Dr.Rich.Drescher Str.2	Pfungstadt
13	Engelhardt	Martin	Dipl. Kaufmann	1948	Am Lehneberg 11	Groß-Bieberau
14	Kirchhoff	Dieter	Dipl. Ingenieur (FH)	1938	Bergstr.49	Mühltal
15	Fischer	Wolfgang	IT-Berater	1943	Am Steinernen Kreuz 4	Messel
16	Schultze	Horst	Landwirt	1943	Am Schlossberg 17	Ober-Ramstadt
17	Bernschein	Roland	Angestellter	1949	Berliner Str.18	Groß-Zimmern
18	Schäfer	Klaus	Dipl. Verwaltungswirt	1935	Nikoleyweg 5	Reinheim
19	Jäger, Dr.	Eva	Ärztin	1950	Roßbergweg 7b	Roßdorf
20	Koch	Sigurd	Dipl. Ingenieur (FH)	1943	Eulerweg 8	Griesheim
21	Postina	Thomas	Journalist	1954	Linneweg 3	Seeheim-Jugenheim
22	Günster	Jürgen	Vertriebsleiter	1948	Am Roten Morgen 65	Groß-Zimmern
23	Wellmann	Jörg	Unternehmer	1968	Ulmenweg 12	Roßdorf
24	Segebart	Peter	Beamter	1941	Am Mühlberg 5A	Groß-Bieberau
25	Keller	Walter	Dipl. Geologe	1956	Bessunger Str.117	Griesheim
26	Maurer, Dr.	Hartmut	Dipl. Physiker	1945	Riedstr.4A	Pfungstadt
27	Broszat	Wolfgang	Dipl. Ingenieur(FH)	1943	Birkenweg 5	Bickenbach
28	Giller	Ursula	Handelsvertreterin	1946	Spessartring 11	Roßdorf
29	Saary	Barbara	Lehrerin	1939	Fasanenweg 6	Reinheim
30	Volz	Hartmut	Landwirt	1940	Bahnhofstr.31	Groß-Bieberau
31	Gemsjäger,Dr.	Werner	Vizepräsident LAA, a.D.	1930	Berliner Str. 5	Eppertshausen